

Feiertag, Wirtschaft, | 29.06.2017 | Nr. 243/17

Petra Nicolaisen: Brauchen wir wirklich einen zusätzlichen Feiertag?

Es gilt das gesprochene Wort

Ein neuer Feiertag muss her, ein Feiertag zugunsten unserer Landesverfassung, das prägende Dokument allen gesellschaftlichen Zusammenlebens in unserem Bundesland. Ein Antrag der SSW-Abgeordneten. Zwischenzeitlich erreichten uns zwei weitere Anträge, von der SPD-Fraktion und der AfD-Fraktion. Als hätten wir am Anfang einer Legislaturperiode keine dringenderen Probleme zu lösen! Die Diskussion zu dem Thema ist übrigens noch nicht alt, wir haben sie am Ende der letzten Wahlperiode bereits geführt.

Viele Bürgerinnen und Bürger finden die Forderung nach einem zusätzlichen Feiertag auf den ersten Blick bestimmt sympathisch. Ein weiterer Tag zur Entschleunigung in der ach so hektischen Arbeitswelt. Wer fragt da schon, ob die Forderung sinn- oder gar verantwortungsvoll ist? Brauchen wir wirklich einen zusätzlichen Feiertag?

Warum soll es ein Tag der Landesverfassung sein, ein Tag des Matrosenaufstandes, der 13. Juni, oder ein Reformationstag auf Dauer? Es muss darum gehen, dem Ereignis die angemessene Aufmerksamkeit zu geben.

Die Antragsteller schlagen den Tag der Landesverfassung vor, der ein würdiger und auch bedeutender Anlass, das gestehe ich zu. Grundgesetz und Landesverfassung müssen vielleicht tatsächlich wieder stärker in den Blick der Gesellschaft gerückt werden.

Ein zusätzlicher Arbeitstag bedeutet aber nicht, dass alle Bürgerinnen und Bürger frei hätten. Es kann sogar mehr Arbeit bedeuten – etwa im Tourismus- und Gaststättengewerbe. Ob ein Feiertag im Dezember (einer der umsatzstärksten Monate im Einzelhandel) sinnvoll ist, stelle ich ebenfalls in Frage und zitiere an dieser Stelle gern den Präsidenten des Handwerks Schleswig-Holstein e.V. „Ein zusätzlicher gesetzlicher Feiertag hat in Schleswig-Holstein keine Berechtigung, weil Unternehmen ihn schlachtweg nicht finanzieren können. Die Argumentation, es würden keine wirtschaftlichen Nachteile entstehen, kann ich nicht nachvollziehen; erst recht, wenn man daran denkt, dass das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen bei uns im Norden knapp 20 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt und sogar rund 30 Prozent unter dem in Bayern liegt.“

Sie merken, die Einführung eines weiteren Feiertags hat weitreichende

Konsequenzen, welche in der Gesellschaft, mit den Kirchen, mit den Nachbarländern und mit der Wirtschaft abgestimmt werden muss. Es dürfen daraus keinerlei Nachteile für die Wirtschaft Schleswig-Holsteins erwachsen.

Ich stehe der Einführung eines neuen Feiertags eher skeptisch gegenüber, werde mich der Diskussion, die meines Erachtens mit allen gesellschaftlichen Gruppen geführt werden muss, nicht verschließen. Freue mich also, auf eine inhaltlich spannende Diskussion im Innen- und Rechtsausschuss.